KANTON LUZERN

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 17. Mai 2022
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

P 772 Postulat Setz Isenegger Melanie und Mit. über vertrauensfördernde Kommunikation in Bezug auf Corona-Massnahmen / Staatskanzlei

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Melanie Setz Isenegger hält an ihrem Postulat fest.

Melanie Setz Isenegger: Leider kann ich mir noch immer nicht genau erklären, wo der Regierungsrat gelesen hat, die SP wolle ihn mit diesem Postulat auffordern, die Kommunikation aufgrund einer gewissen Corona-Müdigkeit aufzugeben. Ganz im Gegenteil, die Kommunikation hätte vielmehr angepasst werden müssen, damit die Bevölkerung trotz abnehmender Disziplin Anfang Jahr die Corona-Massnahmen weiterhin mitträgt. Mehr ist ja bekanntlich nicht immer besser. Sollte daher die Stellungnahme der Regierung nicht eigentlich auf «Ablehnung wegen Erfüllung» lauten? Seit der Einreichung des Vorstosses sind die Massnahmen weitgehend verschwunden, und nur noch vergessene Masken in Jackentaschen oder leere Test-Zentren erinnern uns an die Diskussionen von vor nur wenigen Monaten. Die Kommunikationsfähigkeiten der Regierung und der kantonalen Verwaltung sind aber weiterhin gefragt. Dies hat auch der Regierungsrat richtig erkannt. Leider erfolgt die Kommunikation dennoch nicht immer gemäss den Grundsätzen der Informationsverordnung – ob nun mit oder ohne Corona. Einer der wichtigsten Absätze darin ist auch in der Stellungnahme der Regierung untergegangen: Die Kommunikation soll nämlich das Vertrauen in die kantonalen Behörden und in die Verwaltung stärken. Mit den von uns vorgeschlagenen und im Postulat geforderten Bedingungen hätte eben dieses Vertrauen gestärkt werden können, indem der Regierungsrat speziell in Krisensituationen kohärent informiert und diese Informationen auch im Gesamtregierungsrat abgestützt sind, unabhängig davon, ob in einem Wahljahr oder nicht. Wir alle hoffen, keine Pandemie in diesem Ausmass mehr erleben zu müssen, trotzdem erachten wir es als dringend notwendig, die Kommunikationsstrategie immer wieder zu überprüfen und die von uns vorgeschlagenen Grundsätze auch bei einem hohen Informationsbedürfnis und -druck seitens der Medien oder der Bevölkerung zu beachten. Sie SP-Fraktion wird vollständig an der Überweisung des Postulats festhalten.

Markus Schumacher: Zunächst gilt der Regierung Dank für die umfassende Antwort und Stellungnahme. Ein transparentes und für die Öffentlichkeit nachvollziehbares Krisenmanagement erfordert eine regelmässige, nachvollziehbare Kommunikation. Die Bevölkerung will wissen, warum was und wie entschieden wird. Das Interesse ist nach wie vor ungebrochen hoch, auch wenn durch die Ukraine-Krise das Ganze im Moment etwas in den Hintergrund gerückt wird. Wenn wir schon dabei sind: Sollte sich auch diese Krise ausdehnen und Massnahmen erforderlich machen, welche die Bevölkerung betreffen, so ist auch hier ein nachvollziehbares Krisenmanagement gefragt. Zurück aber zum Thema Corona: Der Herbst wird kommen, und es lässt sich heute noch nicht abschätzen mit

welchen Auswirkungen. Wenn ich nach Deutschland schaue, so höre ich Carl Lauterbach bereits von einer neuen Impfpflicht sprechen. Auch wenn er aktuell dazu neigt, in eine leichte Hysterie zu verfallen, ganz so falsch lag er in der Vergangenheit nicht. Wir wissen auch nicht, was die neuesten Varianten wieder mit sich bringen werden. Darum ist es für mich und weite Teile der Bevölkerung schon wesentlich, dass offen kommuniziert wird. Der Bundesrat und die Regierung waren mit dieser Pandemie einem neuen Phänomen ausgesetzt. Daher musste während der Pandemie gleichzeitig gelernt werden. Dabei ist nicht alles so gelaufen oder kommuniziert worden, wie es eigentlich hätte sein müssen. Darum nun alles infrage stellen zu wollen, ist aus Sicht der SVP-Fraktion aber definitiv falsch. Es stimmt, dass die Corona-Pandemie die Bevölkerung bereits seit zwei Jahren beschäftigt, und schon länger ist eine gewisse Müdigkeit gegenüber den Massnahmen feststellbar. Gerade aus diesem Grund und auch weil es der aktuellen Situation geschuldet ist, ist es wichtig, dass nicht wieder unnötige Massnahmen eingeführt werden. Wir müssen lernen, mit der Pandemie zu leben und uns darauf einzustellen. Die SVP-Fraktion wird daher dieses Postulat ablehnen.

Luzia Syfrig: In einer schwierigen Lage ist eine vertrauenswürdige Kommunikation das Wichtigste. Die Corona-Pandemie war eine betreffend die Kommunikation herausfordernde Zeit. Die Bevölkerung bekam Informationen vom Bund, von den Kantonen, von der Wissenschaft, von Experten und via verschiedenste Medienkanäle. Die so erhaltenen Informationen waren teils recht widersprüchlich und schwer nach vollziehbar. Die Corona-Pandemie hat die Wichtigkeit der Kommunikation aufgezeigt, sie hat uns aber auch gezeigt, wie schädlich falsche oder ungenaue Informationen sind. Die Schweiz war nicht auf eine Pandemie in diesem Ausmass vorbereitet und schon gar nicht für eine in dieser Länge. Die Kommunikation lief nicht immer auf allen Ebenen rund. Es gab auf allen Ebenen Pannen, die medial teils noch ausgeschlachtet wurden. Dies trug zu einer unnötigen Verunsicherung der Bevölkerung bei. Es ist wichtig, dass die Regierung offen, dauernd und sachlich informieren kann. Darum ist eine aktive Kommunikation seitens der Regierung und der Verwaltung sehr wichtig. Mit der bestehenden Informationsverordnung verfügen die Regierung und die Verwaltung über die entsprechende Grundlage. Die Bevölkerung des Kantons Luzern hat ein Anrecht auf eine transparente Information, gerade in der heutigen Zeit, in der medial alles sehr rasch verbreitet wird und jede Nutzerin und jeder Nutzer sich frei äussern kann. Damit nehmen auch falsche und ungenaue Informationen ungefiltert ihren Lauf. Hingegen werfen ungenaue und übereilte Mitteilungen unnötige Fragen auf und verunsichern die Bevölkerung. Man mag nun auf einzelne Regierungsräte zeigen und deren Kommunikation kritisieren, aber deswegen der Regierung jetzt das Reden zu verbieten, kann die FDP-Fraktion nicht gutheissen. Wichtig ist aber, dass im vorgesehenen Covid-19-Rechenschaftsbericht auch die gewonnenen Lehren betreffend die Kommunikation behandelt werden. Die FDP-Fraktion lehnt dieses Postulat einstimmig ab.

Riccarda Schaller: Die GLP-Fraktion sieht in diesem Postulat keinen Maulkorb für die Regierung und wird dem Postulat in diesem Sinn auch zustimmen. In einer Krise ist es extrem wichtig zu kommunizieren. Es ist in einer Krise aber auch extrem schwierig, gut zu kommunizieren. In der Corona-Pandemie war dies wohl teils besonders schwierig, weil die Faktenlage oft recht dürftig war oder weil man oft auch die Grundlagen zu einem Entscheid nicht kannte. Entsprechend gilt mein Respekt jenen, die entscheiden und kommunizieren müssten. Trotzdem bleibt das Thema sehr wichtig, und aus meiner Wahrnehmung war die Schwierigkeit in dieser Krise besonders gross, weil verschiedene Ebenen über verschiedene Dinge unterschiedlich kommuniziert haben. Zudem waren auch die sozialen Medien teils nicht ganz unbeteiligt an dieser Verwirrung und den unterschiedlichen Theorien. Es ist wichtig, dass man das Thema anspricht und die Kommunikation auch im Kanton daraufhin anschaut, wie sie verbessert werden könnte. Wie wir in dieser Krise bemerkt haben, befinden wir uns bezüglich der Kommunikation in einem neuen Zeitalter, wo wir irgendwie anfangen sollten, rascher und über andere Kanäle zu funktionieren. So reicht es schlicht nicht mehr aus, eine Medienmitteilung zu verfassen und diese nur ins Internet zu stellen, sondern man muss digitale Möglichkeiten finden und nutzen, wie beispielsweise auf lokaler Ebene über die Plattform Crossiety. Dazu gehört auch die Nutzung von Chat-Funktionen, wie

es Unternehmen heute teils schon praktizieren, damit man so einfach und rasch für Fragen erreichbar ist und diese beantworten kann. Es werden weitere Krisen kommen. Das Postulat behandelt also ein sehr wichtiges Anliegen und geniesst daher die Unterstützung der GLP-Fraktion.

Hans Stutz: Die G/JG-Fraktion wird dem Postulat mehrheitlich zustimmen, dies in dem Sinn, wie es die Postulantin eben ausgeführt hat, dass es nämlich darauf ankomme, aus den gemachten Erfahrungen zu lernen und dies in kommenden, wenn auch unerwünschten Krisen zu nutzen. Klar ist aber auch – wie es die verschiedenen Vorrednerinnen und Vorredner bereits gesagt haben –, dass in dieser Zeit auch Pannen passiert und Friktionen aufgetreten sind, weil man vielstimmig-dissonant auf verschiedenen Kanälen und Regierungsstufen auftrat, dies gelegentlich auch sprunghaft und mit Auftritten, die mehr dem Egotrip der Exponenten gedient haben als der Sache. Nichtsdestotrotz müssen wir aus diesen Erfahrungen lernen, und dieses Lernen beruht eben auch darauf, dass die Erfahrungen aufgearbeitet werden. Entsprechend dieser Begründung wird die Mehrheit der Fraktion diesem Postulat zustimmen.

Claudia Wedekind: Die Postulantin fordert, die Kommunikation kohärenter zu gestalten und diese auf bestimmte Situationen zu beschränken, all dies bezogen auf die Thematik der Corona-Pandemie. Wir reden und bestimmen gerne und oft mit. So ist unser Staat aufgebaut, und die Bürgerinnen und Bürger werden immer wieder zur Mitsprache eingeladen – spätestens dann, wenn kommunale, kantonale und nationale Wahlen oder Abstimmungen anstehen. Diese Mitbestimmung wurde während der Pandemie den Bürgerinnen und Bürgern abrupt und für eine bestimmte Zeit entzogen. Dies führte zu einer sehr anspruchsvollen Situation, welche Behörden und Regierungen gefordert hat. Neben all den organisatorischen Aufgaben war die Kommunikation in dieser Zeit der Pandemie eine sehr grosse Herausforderung. Mein Anliegen ist, dass die Luzerner Bevölkerung transparent und kohärent informiert wird. Dies geschieht indes nicht ausschliesslich durch die Luzerner Regierung. Gerade in der Pandemie wurde national entschieden und kommuniziert. Der Informationsfluss soll aus meiner Sicht offen, aktiv und kontinuierlich geschehen sowie keineswegs auf bestimmte Situationen eingeschränkt werden, denn das Nichtkommunizieren lässt Raum für Spekulationen, gezielte Unwahrheiten und Ungewissheit. Die Corona-Massahmen sind aufgehoben, wir können wieder selber entscheiden und mitreden. Die Frage ist, wie lange. So weiss niemand, was uns in Zukunft genau erwarten wird. Wir wissen aber, dass wir immer wieder mit Krisen verschiedenster Art und mit verschiedensten Betroffenheiten konfrontiert werden. Deshalb ist es zentral, dass unter anderem die Regierung einen kritischen Blick auf ihre vergangene Kommunikationsarbeit wirft. Ebenso soll sich die Regierung bereits heute damit auseinandersetzen, wie sie künftig kommunizieren will und kann: Im Innern hart und fair diskutieren, nach aussen klar und geeint kommunizieren. Ich danke allen, die zu dieser Diskussion angeregt und zur Beantwortung des Postulats beigetragen haben. Basierend auf den Grundsätzen der Informationsverordnung und vertrauend auf den Willen der Regierung, die Bevölkerung nach wie vor transparent zu informieren, lehnt die Mitte-Fraktion dieses Postulat ab.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Ich habe gehört, die Regierung habe nicht ganz immer gut und glücklich kommuniziert. Das stimmt. Es bedeutet aber gleichzeitig auch, dass es ihr fast immer gelungen ist. Will man gut durch die Kommunikation kommen, braucht es zwei Voraussetzungen: Man braucht eine gute Grundorganisation, die eine Kommunikation erlaubt. Eine solche haben wir mit unseren Kommunikationsorganen und unseren technischen Hilfsmitteln wie Webseiten, Social-Media-Kanälen, aber auch mit den Newslettern der verschiedenen Dienststellen. Wir sind also organisatorisch gut aufgestellt und können dieses Wissen auch in eine Krise übertragen. Das zweite Element ist, dass wir uns sehr gut abstimmen müssen. Die Regierung hat sich zu Beginn der Krise täglich um 12 Uhr getroffen, um sich gegenseitig aufeinander abzustimmen. Wir wussten so sehr rasch, welcher Departementsvorsteher welche Haltung hat, wer welche Fragen hat und wer wie kommunizieren wird. Dies hat uns kommunikativ sehr gut durch die Krise gebracht. Gegen

Schluss wurde dies immer schwieriger, weil die Meinungsvielfalt zugenommen hat – was ja nicht verboten ist – und weil immer mehr Stellen kommuniziert und immer mehr Gremien mitentschieden haben. Zu den Letzteren gehören all die nationalen Konferenzen der Gesundheits- und der Bildungsdirektoren usw. Es ist nicht falsch, dass alle hier mitgeredet haben, aber für die Abstimmung der Kommunikation wurde die Situation immer schwieriger. So klappte es halt nicht mehr immer gut. Als Präsident bin ich aber stolz, dass die Regierung kommunikativ so gut durch die Covid-Krise gekommen ist. Dies ist im Vergleich nicht selbstverständlich. Es bleibt die Frage, was wir für das nächste Mal mitnehmen. Natürlich können wir über die Art der nächsten Krise kaum Verlässliches vorhersagen. Wichtig ist aber, eine gute Grundorganisation zu haben, damit die Adaption der Organisation und eventuell auch der Kommunikation an die nächste Krise wiederum rasch gelingt. Wir sind uns dessen aber bewusst und derzeit an der Erarbeitung eines Berichtes. Wir kümmern uns selbstverständlich auch um die Organisation.

Der Rat lehnt das Postulat mit 62 zu 27 Stimmen ab.